

150 Unterhändlern, die über die Details verhandeln. Strittige Fragen landen schließlich ganz oben bei EU-Handelskommissar Karel De Gucht und seinem US-Gegenüber Michael Froman.

Auch die Grünen-Europaparlamentsabgeordnete Ska Keller gehört dem Handelsausschuss an. Sie spricht von „Geheimniskrämerei“ und klagt: „Auf viele unserer Fragen kriegen wir überhaupt keine oder nur eine unzureichende Antwort.“ Europas Verbraucherschützer waren zunächst gänzlich ausgeschlossen, während es in den USA für Interessenverbände wenigstens die Chance gibt, die Verhandlungsprotokolle in einem Lesesaal einzusehen. „Aber unter den Lesefreudigen sind 600 Industrieverbände zugelassen und nur eine Verbraucherschutzorganisation“, beklagt Verbraucherschützer Kleis das Ungleichgewicht. Immerhin, die EU-Kommission reagiert auf die wachsende Kritik. Eine Beobachtergruppe soll eingesetzt werden, mit Vertretern aus Industrie und Verbrauchergruppen.

Und dann gibt es noch den Streit um die sogenannten Schiedsgerichte, die keiner nationalen Gesetzgebung und Kontrolle unterworfen sind. Auch deswegen hat die Internetplattform Campact, die sich für mehr Transparenz in der Politik einsetzt, innerhalb weniger Wochen mehr als 339.000 Unterschriften gegen das Abkommen gesammelt. Campact geht es unter anderem

Eine der drängendsten Fragen: Können US-Unternehmen demnächst gegen europäische Staaten klagen?

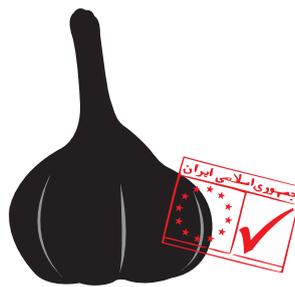
darum, wer bei Handelsstreitigkeiten eigentlich schlichtet: nationale Gerichte oder eben ein internationales Schiedsgericht? Die Hauptkritik fasst die Grünen-Abgeordnete Ska Keller wie folgt zusammen: „Die staatliche Souveränität wird ausgehöhlt. Gegen die Willkür der Schiedsgerichte gibt es keinen Schutz.“

Ein abschreckendes Beispiel gibt es bereits: So verklagte der US-amerikanische Öl- und Gaskonzern Lone Pine Resources die kanadische Provinz Quebec vor einem im Geheimen tagenden Schiedsgericht auf 250 Millionen Dollar Schadenersatz, weil er die Förderung von Schiefergas eingeschränkt und seine Investitionen gefährdet sah.

„Amerikanische Investoren bekämen so weitreichende Klagemöglichkeiten gegen europäische Staaten“, fürchtet Keller. „Die vagen Klauseln machen es möglich, auch gegen Umwelt- und Sozialgesetzgebung zu klagen und hohe Entschädigungssummen einzukassieren.“ Die EU-Kommission hat mittlerweile reagiert. Von März an sollen mögliche Bedenken öffentlich diskutiert werden.

Die Grüne Ska Keller fürchtet vor allem Auswirkungen auf afrikanische Staaten und andere Entwicklungsländer, wenn Europa und die USA Standards setzen, denen Schwellen- und Entwicklungsländer ausgeliefert sind. „Wir wollen eine faire Handelsordnung, die Rücksicht nimmt auf die Menschen und die Umwelt. Wir wollen kein Abkommen, in denen EU und USA für alle mal eben die Regeln festsetzen.“ Der CDU-Abgeordnete Caspary mag aber nicht nur auf die Zahlen schauen. „Uns verbindet mit den USA mehr als nur der Handel, sondern auch gemeinsame Werte. Bei allen bestehenden Problemen gibt es in der Welt nicht viele Partner, die uns näher stehen.“

Ökonomen des Ifo-Instituts haben für die Bertelsmann Stiftung berechnet, wer eigentlich von einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA profitiert. Kurz gesagt: vor allem die USA. Zwei Millionen zusätzliche Jobs könnten entstehen, davon rund 1,1 Millionen in den USA. In Europa würden laut Ifo-Institut vor allem Großbritannien, Finnland und Schweden von dem Abkommen profitieren. In Deutschland würden rund 181.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Auch die Krisenländer im Süden Europas könnten zu den Gewinnern zählen. Die Verlierer schauen von außen auf das Bündnis.



Ihr kommt hier nicht rein

Alle reden vom Freihandel, dabei versuchen immer noch viele Länder, ihrer Wirtschaft mit Zöllen und Verboten Vorteile zu verschaffen – ein kurzer Überblick

Text: Marion Bacher

→ Die Logik ist einfach, das Machtspielchen alt: Staaten oder Staatenbündnisse wollen sich politisch wie wirtschaftlich einen Vorteil gegenüber anderen verschaffen. Die Taktik: Mauern. In Zeiten aber, in denen die Baumwolle für ein T-Shirt in den USA wächst, der Stoff in Indonesien weiterverarbeitet und in Bangladesch zusammengenäht wird, wirken Zölle anachronistisch. Daher wird der Ruf nach einem Abbau von Zöllen und nach Aufhebung von Exportbeschränkungen lauter, damit Waren ungestört zwischen den Handelspartnern hin- und herwandern können. Zwischen Handelspartnern wohlge- merkt, denn es gibt immer welche, die draußen bleiben müssen.

Die EU entscheidet über unsere Handelspolitik

Zölle haben schon die alten Römer erhoben - und das nicht nur an den Grenzen des Römischen Reichs. Auch an Pässen,

Straßenkreuzungen, Flussübergängen und in Häfen. Bezahlen musste man nicht nur für die Ein- oder Ausfuhr der Waren, nein, es gab auch Markt-, Durchfuhr- und Passierzölle. Wollte man früher vor allem abkassieren, geht es heute um den Schutz für die heimischen Wirtschaftszweige. Die EU ist eine Zollunion, ihre Mitglieder setzen gemeinsame handelspolitische Maßnahmen und einen gemeinsamen Zolltarif durch. Vereinfacht gesagt geht es darum, Importe in Maßen und Exporte hoch zu halten. Hierfür hat die Handelspolitik zwei Instrumente: erstens tarifäre Maßnahmen wie beispielsweise Zölle, zweitens nichttarifäre Maßnahmen wie etwa Einfuhrverbote.

Der Zoll

Platt gesagt kontrolliert der Zoll die Ein- und Ausfuhr von Waren und verfolgt dabei zwei Ziele: Erstens soll er die Einfuhr von Waren bremsen, zweitens soll er dem Staat Einnahmen bringen, indem er Verbrauchssteuern wie die Energie-, Tabak- und Stromsteuer erhebt - oder Einfuhrumsatzsteuern wie etwa die Biersteuer in Deutschland. 2012 flossen so 124 Milliarden Euro in die deutschen Staatskassen - ungefähr die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes.

Nichttarifäre Hemmnisse

Zollkontingentsmengen (eine Tonne Kartoffeln und kein Kilo mehr aus der Türkei), Einfuhrverbote (Chlorhühnchen aus den USA), Ausfuhrverbote (Chemie für Waffen an Bürgerkriegsländer), diverse Vorschriften (Knoblauch aus dem Iran braucht z.B. ein Zertifikat der iranischen Handelskammer, dass der Knopf auch den Nahrungsmittelaufgaben der EU entspricht) oder Anti-Dumping-Zölle. Bleiben wir beim letztgenannten, weil das kürzlich wieder im Europaparlament diskutiert wurde: Abgeordnete forderten in Brüssel härtere Maßnahmen gegen subventionierte Importwaren aus Drittländern. Zankapfel waren beispielsweise chinesische Solarzellen und fertig montierte Solarpanels, die laut Kommission den EU-Markt überschwemmen und deshalb heimischen Produzenten zu viel Konkurrenz machen. Anderes Beispiel: Anti-Dumpingzölle auf Biodieselimporte aus Argentinien und Indonesien. Auch damit will die Kommission die „grüne“ Industrie in Europa fördern. ←

Ich, Goldfinger

Daytrading ist Aktienhandel im Sekundentakt. Unser Autor hat es ausprobiert

Text: Jan Ludwig



→ Mitte April war mein Aktiendepot schwarz, heute ist das Gegenteil der Fall. Wie beides zusammenhängt, kann ich erklären.

Erster Tag. Ich bin nicht reich und bin nicht arm. Ich bin weder geizig noch verschwenderisch, lebe zwar ein bisschen über meine Verhältnisse, aber das ist ja normal. Was ich will, sind ein paar Prozent mehr Zinsen. Oder Rendite. Was ich will, ist: mit Aktien handeln, genauer gesagt: daytraden.

Daytrading bedeutet, Aktien und andere Spekulationsobjekte am gleichen Tag zu kaufen und zu verkaufen. Das kann nach Stunden sein, nach Minuten oder Sekunden. Ich setze 500 Euro, das kann ich verkraften. Ein paar Regeln habe ich mir selbst aufgestellt. Erstens: Keine Spekulation mit Rohstoffen. Das trifft arme Bauern. Zweitens: Kein Handel mit Währungen. Mit Volkswirtschaften spielt man nicht.

Dann suche ich mir eine Online-Plattform und zocke los. Zuerst investiere ich in VW, Siemens, die Großen halt. Das ist so spannend, wie Faultieren beim Kratzen zuzugucken. Aber ich mache Gewinn, ein paar Euro in wenigen Minuten. Dann wage ich mehr, setze mehr. Leider ohne Erfolg.

„Du, ich hab heute 50 Euro verloren“, erzähle ich meiner Freundin beim Abendessen. „Warum hörst du dann nicht auf?“, fragt sie. Ja. Aufhören. Nee, morgen hole ich es doch wieder rein.

Das, was ich hier kaufe, sind ja sogenannte Hebelprodukte: geringer Einsatz, hoher Gewinn. Oder hoher Verlust. Es geht allein darum, den Kursverlauf richtig vorherzusagen. Steigt eine Aktie in einer Stunde um zwei Prozent, mache ich 40 Prozent Gewinn – wenn ich auf „Steigen“ gewettet habe.

Zweiter Tag. In den Börsennachrichten lese ich: Der Goldpreis fällt. Er fällt rapide. Experten warnen: Das geht noch weiter. Ich steige also ein und wette, dass der Goldpreis sinkt. Klingt bombensicher.

Doch in den Minuten, da ich auf die Maus klicke, steigt der Wert gerade. In Sekunden mache ich 20 Euro Verlust. Aussteigen? Ach, da geht noch was. Der Preis ist doch so weit oben, der muss ja wieder runter! Wieder setze ich Geld auf „Fallen“.

Dann steigt er. Dann steigt er weiter. Und steigt.

100 Euro Verlust. Okay, ich will hier raus. Aber in der Zwischenzeit, in Sekundenbruchteilen, zieht der Wert so stark hoch, dass der alte Preis schon nicht mehr gilt. 200 Euro sind weg. Und nun?

Ich begehe alle Fehler, vor denen man mich bei der Einführung gewarnt hatte: Ich wage zu viel. Ich werde gierig. Ich verkaufe nicht, wenn ich Verlust gemacht habe. Sekunden können dann entscheiden.

Einige Mausclicks später habe ich die 500 Euro restlos verloren. Nach zwei Tagen. Immer wieder will meine Hand die Maus zum Programm-Icon führen und doppelklicken. Ein bisschen die Verluste reduzieren. Geht doch schnell. Na los.

Ich trinke keinen Alkohol, rauche nicht, nehme sonst keine Drogen. Süchtig bin ich nur nach Schokolade. Aber dieses Gefühl – na los, komm, nur noch ein Mal! – kommt mir bekannt vor: aus der Zeitung. Wenn Uli Hoeneß von seiner Börsensucht erzählt.

Dritter Tag. Ich lösche die Software. Erst nur die Verknüpfung auf dem Desktop, so ist sie aus den Augen. Dann das ganze Programm. ←